

PRESSEINFORMATION

Bundesregierung zeichnet 93 Städte, Gemeinden und Kreise als „Orte der Vielfalt“ aus

Zum zweiten Mal werden Kommunen für ihr Engagement gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit geehrt

93 Städte, Gemeinden und Kreise wurden am 25. Mai im Rahmen einer feierlichen Auszeichnungsveranstaltung in Berlin für ihren großen Einsatz für Vielfalt, Toleranz und Demokratie in Deutschland offiziell geehrt. Dr. Hermann Kues, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, zeichnete stellvertretend für die Bundesregierung diese engagierten Kommunen mit dem Titel „Ort der Vielfalt“ aus.

„Hinter diesen 93 Kommunen stehen 1.202 Gemeinden mit mehr als 11 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern in Deutschland. Viele dieser Menschen haben eins gemeinsam – sie setzen sich dafür ein, dass Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in ihren Reihen keinen Platz haben. Sie engagieren sich gemeinsam vor Ort in Aktionsbündnissen, Initiativen und Projekten für ein vielfältiges, tolerantes und demokratisches Miteinander in unserem Land. Ihnen allen gebührt der große Dank der Bundesregierung“, erklärte Dr. Hermann Kues in seiner Laudatio im Rahmen der feierlichen Auszeichnungsveranstaltung.

Zum zweiten Mal zeichnete die Bundesregierung damit bundesweit Städte, Gemeinden und Kreise als „Orte der Vielfalt“ aus. Im September 2008 waren bereits 66 Kommunen zu „Orten der Vielfalt“ ernannt worden. Sie alle erhielten ein Schild, das sie seither weithin sichtbar für Bürgerinnen, Bürger und Gäste als „Ort der Vielfalt“ ausweist.

Zu den 93 „Orten der Vielfalt“, die ihren Titel am 25. Mai in Form ihres persönlichen „Ort der Vielfalt“-Schildes erhalten haben, gehören große Städte wie Stuttgart, Bremen, Köln, Erfurt oder Chemnitz und Landkreise wie der niedersächsische Landkreis Osterode am Harz oder der Vogtlandkreis in Sachsen. Aber auch kleinen Gemeinden, wie dem brandenburgischen Wildau oder der Gemeinde Rosenberg in Baden-Württemberg, brachte ihr vorbildlicher Einsatz gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit den Titel „Ort der Vielfalt“ ein.

Die bundesweite Initiative „Orte der Vielfalt“, die von der Bundesregierung im November 2007 gestartet wurde, ruft alle Städte, Gemeinden, Kreise und Regionen in Deutschland auf, sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu engagieren und Einsatz zu zeigen für die Grundwerte der Demokratie. Unterstützt wird die Initiative dabei von 24 Organisationen und Verbänden aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

Weitere Informationen zur Initiative sowie ein Überblick über alle ausgezeichneten „Orte der Vielfalt“ in Form einer interaktiven Deutschlandkarte sind zu finden unter: www.orte-der-vielfalt.de

Kontakt:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Pressereferat

E-Mail: presse@bund.bmfsfj.de